



Brüssel, den 7. Juli 2017  
(OR. en)

---

**Interinstitutionelles Dossier:**  
2017/0007 (COD)

---

10981/17  
ADD 1

CODEC 1210  
ECOFIN 622  
RELEX 611  
COEST 173  
NIS 16

#### **I/A-PUNKT-VERMERK**

---

Absender: Generalsekretariat des Rates  
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

---

Betr.: Entwurf eines Beschlusses des Europäischen Parlaments und des Rates  
über eine Makrofinanzhilfe für die Republik Moldau (**erste Lesung**)  
- Annahme des Gesetzgebungsakts  
= Erklärung

---

#### **Gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission**

Angesichts der Initiativen in Bezug auf Änderungen am Wahlsystem der Republik Moldau heben das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission hervor, dass die Gewährung der Makrofinanzhilfe der Union an die Voraussetzung geknüpft ist, dass der Empfängerstaat sich wirksame demokratische Mechanismen, einschließlich eines parlamentarischen Mehrparteiensystems und des Rechtsstaatsprinzips, zu eigen macht und die Achtung der Menschenrechte garantiert. Die Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst überprüfen das Vorliegen dieser Voraussetzung während der gesamten Laufzeit der Makrofinanzhilfe und richten hierbei ihre ganze Aufmerksamkeit darauf, dass die Behörden der Republik Moldau den Empfehlungen der einschlägigen internationalen Partner (insbesondere der Venedig-Kommission und der OSZE bzw. des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte) nachkommen.